Freizügigkeit als internationales Problem

VON UNIV.-PROF. DR. LUDWIG v. MISES

Die Erörterungen des Völkerbunds- und Friedensproblems haben in den letzten Monaten einen wesentlichen Fortschritt erzielt. Man spricht heute schon offen davon, daß man den Frieden nicht einfach dekretieren könne, daß man vielmehr, um dauernden Frieden zu schaffen, vorerst einen Zustand herzustellen habe, **der ein Leben ohne Krieg möglich macht.** Da man die Wurzel der Konflikte, die zu Krieg führen könnten, vor allem in der **„ungleichen Verteilung der Rohstoffe"** zu erblicken glaubt, denkt man zunächst an **„gerechtere" Verteilung der Rohstoffe.** Es ist ziemlich unklar, was man sich darunter vorstellen soll. Wolle wird vor allem in Australien, Baumwolle vor allem in den USA, in Indien und in Aegypten erzeugt. Will man nun einen Teil dieser Länder den europäischen Staaten zuweisen, die keine „eigenen" Woll- oder Baumwollgebiete besitzen? Nehmen wir selbst den absurden Fall an, daß die Wollproduktionsgebiete Australiens unter die Staaten Europas aufgeteilt werden; wie sollte das die Lage dieser europäischen Staaten verbessern? Nach wie vor müßten die Europäer die Wolle den — übrigens heute nicht auf Rosen gebetteten — Wollproduzenten abkaufen. Auch die Engländer kaufen die Wolle in Australien ein; sie müssen für die bezogene Wolle gerade so viel zahlen wie jeder andere Käufer. Der Umstand, daß der König von England auch über Australien herrscht, spielt bei diesen Käufen keine Rolle. Australien ist von England, vom englischen Parlament und von der englischen Regierung in Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung und in allen währungs- und handelspolitischen Dingen vollkommen unabhängig. Die englische Industrie wird durch den Umstand, daß ein beträchtlicher Teil der von ihr verarbeiteten Rohstoffe aus dem Empire stammt, ihren festländischen Konkurrenten gegenüber nicht bevorzugt; sie erhält die Rohstoffe nicht billiger und nicht anders als der deutsche, italienische oder österreichische Verarbeiter. Daran, daß ihre Frachtlage meist günstiger ist, könnte durch eine Aenderung der Hoheitsverhältnisse erst recht nichts geändert werden. Niemand in Europa darf sagen: Ich bin dadurch geschädigt, daß der Staat, dem ich angehöre, sich nicht auch auf Gebiete erstreckt, die für die Erzeugung von Rohstoffen besser geeignet ist. Das, worüber die Europäer zu klagen halten, ist etwas anderes.

Es gibt weite Landstrecken, die, mit Europa verglichen, nur dünn besiedelt sind. Die USA und die englischen Dominions Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika usw. sind im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten, mit denen sie von der Natur ausgestattet wurden, schwächer besiedelt als die Länder Europas. Demzufolge ist dort die Produktivität der Arbeit und somit auch der Arbeitslohn höher als in Europa. Weil jene Länder günstigere Produktionsmöglichkeiten bieten als Europa, haben seit 300 Jahren Europäer sie zum Ziel ihrer Wanderung erkoren. Aber nun sagen die Nachkommen jener früheren Auswanderer: Es ist genug gewandert worden. Wir wollen nicht, daß andere Europäer das machen, was unsere Vorfahren getan haben, als sie auswanderten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir wollen nicht, daß unsere Löhne durch neuen Zuzug aus der Heimat unserer Väter, aus Europa, gesenkt werden. Wir wollen nicht, daß die Wanderungen der Arbeiter zur Ausgleichung der Lohnhöhe fortgesetzt werden. Bleibet nur schön in euerer alten Heimat, ihr Europäer, und begnügt euch mit niedrigeren Löhnen. Das vielberufene Wunder der hohen Arbeitslöhne in den USA und in Australien erklärt sich einfach aus der auf die Fernhaltung neuer Einwanderung gerichteten Politik. Man hat jahrzehntelang in Europa von diesen Dingen nicht sprechen dürfen. Die marxistische Vernebelung der Geister, die glauben machen wollte, daß die gewerkschaftlich organisierten „Proletarier aller Länder" die gleichen Interessen hätten, und daß nur die Unternehmer und Kapitalisten national befangen seien, hat die öffentliche Meinung irregeführt. Die harte Tatsache, daß die Gewerkschaften in allen jenen Ländern die günstigeren Produktionsbedingungen und verhältnismäßig weniger Arbeitskräfte und daher höhere Löhne haben, den Zuzug von Arbeitern aus den weniger begünstigten Ländern fernzuhalten suchen, wurde mit Stillschweigen übergangen.

Während die Gewerkschaften der USA und der britischen Dominions die Einwanderungsgesetzgebung bis zur praktisch vollkommenen Sperre des Zuzugs ausbauten, schrieben die marxistischen Pedanten ihre Bücher über das „Verwertungsstreben des Kapitals" als Ursache von Imperialismus und Krieg und über die Friedfertigkeit des in harmonischer Interessensolidarität und Eintracht lebenden Proletariats. Kein Italiener darf sagen, daß seine Interessen durch den Umstand beeinträchtigt werden, daß die Gebiete, aus denen Metalle und Textilrohstoffe bezogen werden, nicht den König von Italien als ihren Herrscher anerkennen. Doch jeder italienische Arbeiter leidet darunter, daß diese Gebiete den Zustrom italienischer Arbeiter nicht dulden und damit die Tendenz zur Ausgleichung der Lohnhöhe, die bei Wanderungsfreiheit bestünde, aufheben oder zumindest wesentlich schwächen. Und was von den Italienern gilt, gilt geradeso von den deutschen, tschechischen und magyarischen Arbeitern und von vielen anderen.

Man muß sich freilich vor der irrigen Auffassung hüten, als ob die Arbeiter der mit günstigeren natürlichen Produktionsbedingungen ausgestatteten Länder durch die Einwanderungssperre auf die Dauer besser fahren können als bei Wanderungsfreiheit. Wenn die europäischen Arbeiter an der Auswanderung gehindert werden und daher zu Hause bleiben müssen, so werden sie darum nicht müßig gehen. Sie werden in der alten Heimat unter ungünstigeren Produktionsbedingungen arbeiten und werden die Ungunst der Produktionsbedingungen durch niedrigere Löhne wettmachen müssen. Sie werden daher sowohl auf dem Weltmarkte, als auch auf dem Binnenmarkte der Industrie der begünstigten Länder Konkurrenz machen. Wohl mögen sich dann diese Länder gegen das, was sie die unfaire Konkurrenz billigerer Arbeit nennen, durch Zölle und durch Einfuhrverbote abschließen. Doch dann werden sie der Vorteile verlustig gehen, die die höhere Arbeitsteilung mit sich bringt. Auch sie werden darunter zu leiden haben, daß in ihrem eigenen Land Produktionsmöglichkeiten nicht ausgenützt werden, die günstiger sind (d. h. bei gleichem Aufwand höheren Ertrag bringen) als Produktionsmöglichkeiten, die in anderen Ländern ausgenützt werden müssen. Auch ihre Lage wäre, in the long run betrachtet, günstiger, wenn überall auf der Erdoberfläche nur die günstigsten Produktionsmöglichkeiten ausgenützt werden, und die weniger ergiebigen brachliegen würden. Denn dann wäre das Gesamtergebnis der Weltproduktion größer, und aus dem größeren Topf würde auch ihnen eine größere Quote zufallen.

Die Versuche, **in den Ländern Osteuropas unter dem Schutze von Zöllen und Einfuhrverboten wahllos Industrien künstlich zu schaffen,** kann man wohl als mißglückt bezeichnen. Doch wenn die Wanderungsfreiheit nicht wiederhergestellt wird, dann werden die niedrigeren Löhne jener Länder Kapital und Unternehmungslust anziehen. Dann wird dort an Stelle der künstlich, durch Regierungsmaßnahmen geförderten und ungeachtet dieser Maßnahmen nicht lebensfähigen Treibhausindustrie eine standortsgemäße lebensfähige Industrie erwachsen, freilich mit niedrigen Löhnen und niedriger Lebenshaltung der Massen. Daß diese Völker auch dann noch und gerade auch dann alle Ursache haben werden, die Abschließung der Länder mit günstigeren Produktionsbedingungen — und nicht etwa die ungleiche Verteilung der Rohstofffe — zu beklagen, ist wohl klar. Und es mag sein, daß sie zur Ansicht gelangen, daß nur die Waffen imstande wären, diesen unbefriedigenden Zustand zu ändern, und daß wir eines Tages vor einer großen **Koalition der Auswanderungsländer gegen die sich absperrenden Einwanderungsländer** stehen werden.

Der Völkerbund bereitet durch das ihm angegliederte Amt für intellektuelle Kooperation Untersuchungen darüber vor, wie ohne Krieg die Veränderungen im Völkerdasein durchgeführt werden könnten, die eine allgemeine Befriedung erfordert. Wenn sich diese Untersuchungen und die Konferenz, der sie dann vorgelegt werden sollen, nur mit dem Rohstoffproblem befassen werden, dann werden ihre Arbeiten nutzlos bleiben. Aber selbst wenn man an eine Neuverteilung der afrikanischen Kolonien und der Mandatsgebiete in Asien und Polynesien denken sollte, würde man dem eigentlichen Problem ausweichen. Auch wenn das **Deutsche Reich** seine alten Kolonien vergrößert zurückerhält, und wenn **Italiens** Anteil am afrikanischen Gebiet erweitert wird, und wenn auch die **Tschechen und Magyaren** dabei nicht vergessen werden, könnte man den eigentlichen Schwierigkeiten nicht beikommen. Was die europäischen Auswanderer suchen, ist Land, wo Europäer unter für sie erträglichen klimatischen Bedingungen arbeiten und mehr verdienen können, als ihnen in der übervölkerten und von der Natur schlechter bedachten Heimat erreichbar ist. Das kann ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur in der **Neuen Welt,** nur in **Amerika** und in **Australien,** geboten werden. Es handelt sich nicht um Rohstoffe und nicht um die Frage, welcher Staatshoheit einige für europäische Auswanderer kaum bewohnbare Kolonien unterstellt werden sollen; es handelt sich um das **Recht der Einwanderung nach den größten und fruchtbarsten Ländern,** die für Arbeiter der weißen Rasse klimatisch geeignet sind. **Ohne Wiederherstellung der Freizügigkeit im Weltverkehr wird es keinen dauernden Frieden geben.**

zwangswirtschaftlichen Maßnahmen bei gegebenen Voraussetzungen doch eine Aufhebung von Einschränkungen auf einem der wichtigsten und empfindlichsten Gebiete möglich ist. In der jüngsten Zeit haben schließlich **Ungarn** und **Rumänien** grundlegende Aenderungen ihrer Devisenbewirtschaftung vorgenommen, welche einen beträchtlichen Fortschritt nach der Richtung der Kursfreiheit und Kurseinheitlichkeit hin bedeuten. Vor allem aber ist ein Haupt- und Eckstein aus dem Babelturm der zwangswirtschaftlichen Ideologie herausgefallen, der **Autarkiegedanke.** Dieser wird heute als Programmpunkt nur mehr von den Staaten aufrechterhalten, denen politische Fehde oder mangelnde Leistungs- und Zahlungsfähigkeit die Teilnahme am weltwirtschaftlichen Verkehr verwehrt. Es ist nur zu hoffen, daß es sich hier nicht um Einzelerscheinungen handelt, sondern um Symptome einer die Weltwirtschaft umfassenden Einkehr.

der internationalen Handelshemmnisse mit Erfolg ergriffen. Auf Grund des sehr wichtigen Gesetzes vom 12. Juni 1934, das dem Präsidenten weitgehende Vollmachten für den Abschluß von Handelsverträgen auf liberaler Grundlage erteilt, sind bereits mit Belgien, Schweden, Rußland, Brasilien und einigen kleineren Ländern neue Handelsverträge abgeschlossen worden, die neben erheblichen Zollermäßigungen bemerkenswerterweise die schon totgesagte **Meistbegünstigungsklausel** in unbedingter und uneingeschränkter Fassung enthalten. Unter den auf dieser liberalen Basis abgeschlossenen Handelsverträgen ist jedoch von größter Bedeutung der vor kurzem publizierte Handelsvertrag mit **Canada,** der von der „New York Times" wohl nicht mit Unrecht als der wichtigste und umfassendste Versuch bezeichnet wird, der seit Beginn der Weltkrise zur Bekämpfung des verheerenden ökonomischen Nationalismus unternommen worden ist. Auch dieser Vertrag enthält neben bedeutenden gegenseitigen Zollherabsetzungen die Meistbegünstigungsklausel, so daß es nicht erlaubt ist, in ihm einen Beweis für die Bildung eines panamerikanischen Blockes zu sehen, wenn auch freilich die politische und wirtschaftliche Zerrissenheit Europas solchen Tendenzen Nahrung gibt. Der Abschluß des amerikanisch-canadischen Vertrages wäre allerdings nicht möglich gewesen, wenn nicht auch in Canada der Katzenjammer nach den üblen Folgen des monetären und wirtschaftlichen Nationalismus zu einem Stimmungsumschwung geführt hätte, der politisch im Siege der Liberalen Partei zum Ausdruck gekommen ist. Nehmen wir noch die parallelen Wandlungen in **Australien** hinzu, so gewinnen wir in der Tat den Eindruck, daß sich die wirtschaftspolitische Atmosphäre in Uebersee in hoffnungsvoller Weise verändert hat.

Wir haben gelernt, skeptisch zu sein, und finden es daher natürlich, die Frage zu stellen, ob der jüngste amerikanische Aufschwung wirklich auf einigermaßen dauerhafter Grundlage beruht. Diese Frage ist um so berechtigter, als ja in manchem anderen Lande die vorhandenen Aufschwungstendenzen einen sehr wenig vertrauenswürdigen Eindruck machen, weil sie nicht aus einer natürlichen Wiederbelebung des wirtschaftlichen Organismus, sondern aus **Staatsaufträgen** hervorgehen, deren zündende Wirkung ausbleibt. Es sind Aufschwungstendenzen in einer Atmosphäre, die — weil sie das Gegenteil des Normalen, Vertrauenerweckenden ist — nicht nur uns, sondern, was weit wichtiger ist, auch den Unternehmern, auf die ja schließlich alles ankommt, mißfällt und es daher nicht zu jenem befreiten Aufatmen kommen läßt, die die Voraussetzung einer natürlichen Wiederbelebung der wirtschaftlichen Zirkulation ist. Im Gegensatz zu jenen Ländern vollzieht sich jedoch der amerikanische Aufschwung im großen und ganzen in einer Atmosphäre und unter Umständen, die zu der Erwartung berechtigen, daß es sich um mehr als um eine kurzfristige Besserung handelt. Wohl der wichtigste Punkt ist dabei, daß der amerikanische Aufschwung im wesentlichen eine normale Konjunktur des privaten Sektors, nicht eine künstliche des öffentlichen Sektors (Staatskonjunktur) ist. Wenn auch die Haussetendenzen sich am auffallendsten an der **Effektenbörse** bemerkbar machen, so wäre es doch falsch, zu meinen, daß die amerikanische Konjunktur im wesentlichen eine bloße Börsenkonjunktur auf rein spekulativer Grundlage darstelle. Die Börsenhausse ist vielmehr weitgehend ein normaler und gesunder Reflex der (teilweise spekulativ eskomptierten) Produktionskonjunktur und ihrer gesunden **privatwirtschaftlichen** Grundlagen, und da sie das ist und in maßgebenden Kreisen auch so aufgefaßt wird, läßt sie ihre optimistischen Tendenzen wieder auf die Produktionskonjunktur zurückstrahlen. Wer der — wie ich glaube, richtigen — Meinung war, daß eine haussierende Effektenbörse ein notwendiger Bestandteil des komplizierten Mechanismus eines normalen Aufschwunges ist, wird in der New-Yorker Börsenhausse im allgemeinen eher einen beruhigenden, als einen alarmierenden Umstand erblicken und sie zum Vorteil Amerikas mit den Verhältnissen in jenen Ländern vergleichen, in denen der Aufschwungsmechanismus nicht in normaler Weise funktioniert. Diese Feststellung bedarf freilich einer Einschränkung, auf die sogleich zurückzukommen sein wird.

Wenn wir feststellen, daß der amerikanische Aufschwung fast alle Anzeichen einer normalen und dauerhaften Konjunkturbesserung an sich trägt, so ist das gleichbedeutend mit der Feststellung, daß **die private Investitionsbereitschaft erwacht** ist und nun den **circulus vitiosus** der Depression in den **circulus salutaris** des Aufschwunges verwandelt. Auf welche Objekte soll sich aber diese Investitionsbereitschaft richten? Ist der Investitionsbedarf der amerikanischen Wirtschaft nicht bereits in der letzten Hochkonjunktur auf lange Zeit hinaus gesättigt worden? Die Vorstellungen, die hinter diesen Fragen stehen, sind außerordentlich populär und, da sie überall das Mißtrauen in die natürliche Erholungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems und den Glauben an die Notwendigkeit fortgesetzter Staatsinvestitionen und planwirtschaftlicher Dirigierung des Wirtschaftslebens nähren, überaus gefährlich. Um so wichtiger ist die Feststellung, daß sie unbe-

WIEDER AUFWÄRTS!

Von Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Röpke (Istanbul)

1

Wenn heute ein neuer Rip van Winkle, der 1933 in einen tiefen Dauerschlaf verfallen wäre, wieder aufwachen und sich in der Welt umschauen würde, so würde er sie sicherlich in stärkerem Maße verändert finden, als wir es tun, die wir die Wandlung Schritt für Schritt miterlebt haben. Manches wird ihn weit mehr entsetzen als uns, die wir uns an fortgesetzt gesteigerte Dosen vieler schlimmen Dinge in Wirtschaft und Politik wahrscheinlich mehr gewöhnt haben, als der Entfaltung eines energischen Abwehr- und Reformwillens gut ist. Aber auch manche Wendung zum Besseren wird ihm stärker als uns auffallen. Es ist wahrscheinlich, daß unser Dauerschläfer vor allem für die **allgemeine wirtschaftliche Besserung** in weiten und führenden Gebieten der Welt weit stärkere Worte finden wird, als die meisten unter uns sie wählen würden, denen das noch bestehende wirtschaftliche Elend der Gegenwart weit deutlicher vor Augen zu stehen pflegt als der Abstand gegenüber dem Tiefpunkt der Weltkrise im Jahre 1932. Wenn wir allerdings diesen Abstand ins Auge fassen, so werden wir unserem verschlafenen Freund darin Recht geben müssen, daß die Erholung von dieser schwersten aller Wirtschaftskrisen ein solches Ausmaß angenommen hat, daß **von einer Wirtschaftskrise der gesamten Welt nicht mehr gesprochen werden kann,** ja daß **in einzelnen Ländern bereits deutliche Symptome einer Hochkonjunktur festzustellen sind.** Und wenn unser Freund, beschwert von einer damals populären und mehr oder weniger hysterischen Untergangsliteratur, wüste Träume von einem Untergang der bürgerlichen Weltordnung mit Blitz und Donner gehabt haben sollte, so dürfen wir ihm beruhigend seinen Eindruck bestätigen, daß **diese Weltordnung die schlimmste Feuerprobe, die überhaupt vorstellbar war, im großen und ganzen wohl glücklich überstanden hat,** zum mindesten so weit, daß die klare und ruhige Ueberlegung über neurotische Aufgeregtheit die Oberhand zu gewinnen scheint. Es entspricht ganz der Natur jenes großen und an Ueberraschungen reichen Landes, daß dieser Wandel nirgends auffälliger ist als in den **USA.** Die Wirtschaftsnot jenes Landes steht noch in ebenso frischer Erinnerung wie die Unüberlegtheit jenes wirtschaftspolitischen Experimentierens, die die ersten 2 Jahre der Roosevelt-Administration kennzeichnete. Auch der Verfasser hat damals mit schärfster Kritik nicht gespart (vgl. seinen Aufsatz „Das Versagen der aktiven Konjunkturpolitik", in der „W. W. W." vom 1. August 1934), aber schon damals, in einem in der „Zeitschrift für Nationalökonomie" veröffentlichten Aufsatz „Die Nationalökonomie des New Deal", der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß die USA mit derselben undogmatischen Frische, mit der sie falsche Wege gegangen sind, auch zu den richtigen zurückkehren werden". Das haben sie inzwischen in der Tat getan, und die Früchte für die Wirtschaftserholung sind nicht ausgeblieben. **Mit einer Promptheit, wie man sie sich nicht besser hätte wünschen können, hat in den USA ein starker und stetiger Aufschwung in dem Augenblick eingesetzt,** in dem die währungspolitischen Experimente beendet, die planwirtschaftlichen Teile der NRA-Codes suspendiert und wirtschaftskonservative Anschauungen wieder zu **Ehren gebracht wurden.** Wie man damals voraussagen konnte, hat sich die psychologische Bedeutung dieses plötzlichen Szenenwechsels als entscheidend herausgestellt. Schon vor 2 Jahren konnte man mit Bestimmtheit die Behauptung aufstellen, daß es mit der amerikanischen Wirtschaft prompt aufwärts gehen würde, wenn sich der Präsident eines Abends ans Radio stellen und mit entsprechenden Maßnahmen glaubhaft machen würde, daß die Unternehmer nunmehr vertrauensvoll auf lange Sicht hin disponieren könnten. Diese Botschaft ist damals leider ausgeblieben, aber jetzt, wo jene Atmosphäre geschaffen worden ist, hat auch die wohltätige Wirkung nicht auf sich warten lassen. Die Rückkehr zur wirtschaftspolitischen Besonnenheit in den USA ist nun offensichtlich in einem solchen Maße gefördert worden, daß die Welt mit großen Hoffnungen nach drüben blicken darf. Amerika ist zu einem starken Anwalt der Besonnenheit gerade auf denjenigen beiden Gebieten geworden, auf denen die Entscheidung über die Wiedergesundung der Weltwirtschaft fallen wird: auf dem Gebiete der **Währungspolitik** und auf dem der **Handelspolitik.** Während die amerikanische Regierung auf dem ersteren ohne Vorbehalte für die **Stabilisierung** und für die **Wiederaufrichtung der Goldwährung** eintritt, hat sie auf dem letzteren die Initiative für einen **Abbau**

gründet sind. Selbst wenn keinerlei neue Investitionsfelder durch technische Neuerungen in der Produktionstechnik oder durch Erfindung neuer Massengüter erschlossen worden wären, so wäre doch eine starke Steigerung der Investitionen allein schon vom industriellen Erneuerungs- und Wiederbeschaffungsbedarf zu erwarten, der während der Depression gewaltig angestaut worden ist, was zu ihrer Verschärfung außerordentlich beigetragen hat. Man kann ohne Gefahr der Uebertreibung sagen, daß **sich in den USA in den Depressionsjahren ein Erneuerungsbedarf von einem Umfange angesammelt hat, der die kühnsten Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung relativ winzig erscheinen läßt,** und wenn nicht alles täuscht, so sind wir jetzt Zeugen davon, wie diese Lawine langsam und dann immer schneller in Bewegung gerät. Dazu kommt nun aber noch, daß eben der technische Fortschritt in diesen Jahren keineswegs stillgestanden hat, sondern unter der Oberfläche der wirtschaftlichen Stagnation Möglichkeiten vorbereitet hat, die der Welt wahrscheinlich auf einigen Gebieten — wie es scheint, z. B. in der chemischen Industrie — noch manche Ueberraschungen bereiten werden. Auch von einer dauernden Sättigung des Baumarktes kann keine Rede sein. Ein Zeichen dafür, wie schnell der Szenenwechsel in den USA vor sich gegangen ist, ist der Umstand, daß die Sorge um ein genügend großes natürliches Auslaufsfeld der Wirtschaftsexpansion ganz inaktuell gegenüber der anderen Sorge geworden ist, daß die Expansion der amerikanischen Wirtschaft über den Kopf wachsen und nun ohne Zutun des Staates Dimensionen annehmen könnte, die über kurz oder lang wieder in den Graben des Krachs führen. Nachdem man sich soeben noch den Kopf zerbrochen hat, wie man das widerstrebende Pferd zum Saufen bewegen könnte, nachdem man ihm soeben noch das Wasser mit Gewalt eingeflößt und enorme Quantitäten von Wasser bereitgestellt hat, hat es inzwischen so sehr zu saufen angefangen, daß nun schon die Gefahr nahegerückt ist, daß es sich wiederum übernehmen könnte. Nicht nur trifft das Wiedererwachen der privaten Investitionslust mit einem Zeitpunkt zusammen, in dem **der gesamte Bankenapparat in der Richtung reichlichster Kreditversorgung rekonstruiert** worden ist, sondern auch mit der **Anhäufung einer Goldreserve, die größer ist als je zuvor.** Diese Goldreserve ist aus 2 Gründen so stark angeschwollen: einmal wegen der zu niedrigen Stabilisierung des Dollars — eine **schwere Sünde,** die sich jetzt, nachdem sie der übrigen Welt schon genügend geschadet hat, auch an der amerikanischen Volkswirtschaft bitter rächt! — und zweitens wegen der Kapitalwanderung nach Amerika in der jüngsten Zeit, die sich teils aus der Anziehungskraft der New-Yorker Effektenhausse, teils aus der Beunruhigung über die politische Zuspitzung in Europa und aus immer wieder aufflackerndem Mißtrauen gegenüber den Währungen des Goldblocks erklärt. Wie man sieht, handelt es sich um **mannigfache Gefahrenherde,** die zum Teil schwer zu überwachen und einzudämmen sind, soweit es in der Macht der amerikanischen Regierung selbst liegt, die daher aber auch erklären, warum die USA ein so starkes Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Befriedung der Welt haben müssen. Wahrscheinlich steht auch hinter der so erfreulichen jüngsten Wendung der amerikanischen Handelspolitik die Erkenntnis, daß eine Erweiterung des Warenzustroms das beste Mittel zu einer Eindämmung des Inflationsgefahren heraufbeschwörenden Goldzustroms darstellt. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß es für die amerikanische Kreditexpansion eine Art von automatischer Selbstkorrektur gibt, die in gewissem Umfange ihre Gefahren herabsetzt. Einmal wird die Unterbewertung des Dollars durch die Preissteigerung in Amerika von selbst langsam korrigiert und damit eine Ursache des Goldzustroms verstopft werden; wenn man den Dingen ihren Lauf läßt, wird schließlich sogar eine Tendenz zum Goldabstrom zu erwarten sein. Zum anderen ist nicht zu vergessen, daß **die Zeit frisch-fröhlicher Budgetdefizite früher oder später einer Rückkehr zu den Grundsätzen normaler Finanzpolitik weichen muß,** was aber angesichts des gewaltigen Gesamtdefizits der Depressionszeit sowohl eine deflatorisch wirkende Ausgabenbeschränkung wie eine deflatorisch wirkende Steigerung der Steuerbelastung für die Zwecke des Schuldendienstes nach sich ziehen wird. In Gestalt der ungeheuren Depressionsschulden haben also die USA aus der Depression eine automatische Bremse des Aufschwungs mit herübergenommen, die, wenn man den sich mehrenden Klagen über die zunehmende Steuerbelastung Glauben schenken darf, schon jetzt ihre Wirkung ankündigt. Im ganzen scheint es also, als müsse man der besorgten Voraussage eines neuen und diesmal noch zügelloseren Booms die beruhigende Versicherung entgegenstellen, daß die Bäume diesmal kaum in den Himmel wachsen können. Aber schon die Fragestellung, die darin liegt, zeigt, wie schnell sich die Situation gedreht hat.

2

Daß es nicht nur in den USA, sondern fast überall in der Welt wirtschaftlich langsam wieder aufwärts geht, weiß jeder, der sich aus der laufenden wirtschaftlichen Berichterstattung ein Bild zu machen versteht. Besonders ausgeprägt sind bekanntlich die Aufschwungstendenzen in **England,** wo man, was Südengland angeht, von einer ausgesprochenen Hochkonjunktur sprechen kann, und in einigen Ländern des Sterlingblocks, insbesondere in **Schweden.** Handelt es sich hier in erster Linie um Aufschwungstendenzen in der Industrie und auf dem Baumarkt, so ist doch auch die Besserung der Rohstoffmärkte, die bekanntlich von der Krise am schwersten betroffen waren, unverkennbar. Neben der in ihrer Bedeutung wohl überschätzten **Wirkung des Abessinienkonfliktes** macht sich hier der langsame Erfolg eines natürlichen Selbstheilungsprozesses geltend, der in der allmählichen Lagerverminderung, in den schließlich sich doch gegen alle Widerstände durchsetzenden Produktionseinschränkungen und in der Steigerung des Bedarfes besteht, der sich von selbst aus der steigenden Industriekonjunktur ergibt. Einen besonders interessanten Ausschnitt bildet dabei die Agrarproduktion, wo sich trotz aller wirtschaftspolitischen Hemmnisse schließlich doch eine merkliche Reduktion durchgesetzt und damit zur Gesundung beigetragen hat. Zum erstenmal ist die **Weltagrarproduktion** im Jahre 1934 geringer gewesen als im Prosperitätsjahr 1927, obwohl sich inzwischen die Bevölkerung der Welt um 8—10% vermehrt hat. Dabei hat sich aber noch etwas anderes sehr Interessantes ergeben. Immer und immer wieder war in den letzten Jahren von sachverständiger Seite darauf hingewiesen worden, daß, während die Ueberproduktion in der Getreidewirtschaft einen stark strukturellen Charakter trage und daher wohl eine Produktionseinschränkung unvermeidlich mache, die Ueberproduktion in den bäuerlichen Veredelungsprodukten als eine überwiegend konjunkturell bedingte, sich von selbst mit steigender Industriekonjunktur und wachsender städtischer Kaufkraft bessern würde, wobei nachdrücklich die starke Elastizität der Nachfrage nach diesen Produkten betont wurde. Da aber die Veredelungsproduktion sehr viel mehr Boden und Arbeitskraft je Einheit erfordert als die Getreideproduktion, so konnte daraus die Hoffnung abgeleitet werden, daß die Besserung der Konjunktur der Veredelungsproduktion von entscheidender Bedeutung für die Ueberwindung der landwirtschaftlichen Gesamtkrise werden würde. Daran schloß sich logischerweise die Forderung, daß die **Agrarpolitik der Industrieländer** diesen Uebergang von der Getreideproduktion zur Veredelungsproduktion erleichtern solle, statt ihn durch künstliche Hinaufschraubung der Getreidepreise — die die Veredelungsproduktion doppelt durch Verteuerung des Futtergetreides und durch Herabdrückung des elastischeren Verbrauchs an Veredelungsprodukten schädigt — zu erschweren. Tatsächlich scheint sich nun langsam eine Entwicklung in der angedeuteten Richtung anzubahnen, was überall, vor allem auf den Fettmärkten, zutage tritt. Die Erwartung ist wohl nicht ganz unberechtigt, daß diese Entwicklung der notwendigen **Revision eines agrarischen Hyperprotektionismus** zugute kommen wird, der so sehr zur Zerrüttung der Weltwirtschaft beigetragen hat. Es wird immer weiteren Kreisen klar, daß durch ihn weitgehend das Gegenteil des Erstrebten erreicht worden ist. So hat man lange Zeit diesen Hyperprotektionismus mit der Notwendigkeit der Reagrisierung begründet, aber was hat man z. B. in **Deutschland,** wo am lautesten davon die Rede gewesen ist, erreicht? Man hat dort erreicht, daß die Agrarproduktion von 1925 bis 1933 zwar um 27% gesteigert, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten aber um 4% vermindert worden ist, während die enorme Schädigung des Exportes durch diese die ostelbische Großgüterwirtschaft konservierende Agrarpolitik gleichzeitig die Beschäftigungsmöglichkeiten der Industrie stark vermindert und damit den Absatz der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte weiter reduziert hat. Auf Grund von Zusammenhängen, deren verwickelte Natur hier nicht dargelegt werden kann, ist es tatsächlich so, daß **ein allseitiger und übertriebener Schutz der Landwirtschaft die Beschäftigungskapazität der Landwirtschaft nicht etwa steigert, sondern vermindert, weil die damit einhergehende Verteuerung der Lebensmittel den Verbrauch gerade derjenigen Produkte relativ vermindert, die nicht nur den höchsten Nährwert, sondern auch den größten Arbeitswert repräsentieren.** Derselben Einsicht hat übrigens kürzlich auch der liberaler Neigungen gewiß nicht verdächtige englische Landwirtschaftsminister **Elliot** auf dem konservativen Parteitag Ausdruck gegeben. Das Bild, das wir damit von den Aufschwungstendenzen in der Welt entworfen haben, wäre nicht vollständig ohne einen Hinweis auf die **Steigerung des internationalen Reise- und Touristenverkehrs,** die in diesem Jahre festzustellen war, als ein sehr eindrucksvoller Beweis für das erste Aufatmen, das durch die Welt geht. Daß davon vor allem diejenigen Länder profitiert haben, die wie **Oesterreich** sich in überaus geschickter Weise um die seelischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen bemühen, ist hoffentlich eine sehr wirksame Werbung für die der allgemeinen Gesundung so förderlichen Prinzipien, die diese Länder vertreten.

Nun ist es allerdings fast überflüssig hinzuzusetzen, daß alle diese Aufschwungstendenzen in der Welt sehr uneinheitlich und mit mannigfachen und schwersten Gewichten belastet sind. So weiß jedermann, daß in einzelnen Ländern die Wirtschaftskurve **noch** — wie in den Goldblockländern — oder **schon** wieder — wie in Deutschland — mehr oder weniger ausgeprägt nach unten weist, wobei es sich insgesamt um Länder handelt, die für die Weltwirtschaft von höchster Bedeutung sind. Während **die Lage in den Goldblockländern** mit steigender Weltkonjunktur eine automatische Besserung verspricht, können im Falle **Deutschlands** schwerste Sorgen nicht unterdrückt werden. Doch abgesehen von diesen nationalen Sonderproblemen, die eine ausführliche Behandlung für sich erfordern würden, ist die gegenwärtige Aufschwungstendenz der Hauptmasse der Länder aufs schwerste dadurch belastet, daß es sich bei ihr weit mehr um ein Parallellaufen mehr oder weniger isolierter Binnenkonjunkturen als um ihre organische Koordinierung und Verzahnung durch ein Steigen des internationalen Wirtschaftsverkehrs handelt. Nun ist aber **die Zeit, in der die Autarkisten aller Länder mit leichtfertigen und gutgelaunten Redensarten über eine solche Entwicklung hinwegzugehen liebten, unzweideutig vorbei.** Denn mittlerweile ist es zu deutlich geworden, daß die Möglichkeiten einer nationalen Binnenkonjunktur selbst in Ländern mit ausgesprochener Hochkonjunktur wie England ihrer Erschöpfung entgegengehen, und daß selbst in diesen Ländern eine wirkliche Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ohne eine kräftige Belebung der Weltwirtschaft nicht möglich ist. Und wenn in früheren Jahren den Autarkisten erwidert wurde, daß die Verwirklichung ihrer Idee das Verhungern von Millionen bedeuten würde, so ist inzwischen auch diese Warnung wie so manche andere durch die Entwicklung in furchtbarer Weise bestätigt worden, wie die Elendsgebiete der Autarkie — die Hafenstädte und die Exportindustriegebiete fast aller Länder — beweisen. Das alles ist zu handgreiflich geworden, um übersehen zu werden, und so ist denn wohl auch überall die Erkenntnis im Wachsen, daß die Welt endlich von diesem verderblichen Wege umkehren muß, wenn nicht alsbald der gegenwärtigen wirtschaftlichen Besserung ein schlimmer Rückfall folgen soll. Diese Erkenntnis macht sich überall mehr oder weniger kräftig geltend, negativ im kleinlauten Verstummen der Autarkisten, positiv im Vordringen der Kritik, der Forderung und der konstruktiven Vorschläge, ja, wie das Beispiel der USA beweist, bereits in praktischen Maßnahmen. Auch in **Südosteuropa** regt es sich hoffnungsvoll, wie die jüngst in Wien eingeleitete Diskussion über die **wirtschaftliche Neugestaltung des Donauraumes** beweist. **Daß Oesterreich schließlich auf dem Gebiete der Normalisierung der finanziellen Auslandsbeziehungen Bewunderungswürdiges geleistet hat, wird heute überall so sehr anerkannt, daß es nur dieser Erwähnung bedarf.** Eine besondere und ausgedehnte Untersuchung wäre erforderlich, um die Voraussetzungen einer Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft im einzelnen darzulegen. Gerade durch diese Krise haben wir sehr viel tiefere Einsichten in die komplizierte Struktur der Weltwirtschaft gewonnen. Wie verwickelt ihr Schaltwerk ist, haben wir unter anderem an den **verheerenden Folgen der Clearingsysteme** erfahren, über die ja nunmehr der sehr aufschlußreiche und eindeutige Bericht des Völkerbundes vorliegt. Vor allem aber ist es klar geworden, eine wie unerläßliche Voraussetzung geordneter Weltwirtschaft ein **stabiles Weltwährungssystem** darstellt, das, wie sich erwiesen hat, allein durch die **Goldwährung** gewährleistet werden kann. Es kann nicht oft und nicht kräftig genug gesagt werden, daß hier der Punkt ist, an dem begonnen werden muß.

Handelspolitik in Theorie und Praxis

Von Min.-Rat Dr. Robert Breza, leitender Sekretär der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren von vielen Seiten der ernste Versuch unternommen worden war, auch die früheren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland in den alten Formen wiederherzustellen, gewann bald der Protektionismus die Oberhand und ergriff immer weitere Gebiete der Weltwirtschaft. Den Ausgangspunkt dieser Bewegung bildete die Auflösung größerer politischer und wirtschaftlicher Einheiten und das Bestreben, die neu gewonnene politische Selbständigkeit durch möglichst weitgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit zu befestigen. In nationaler Begeisterung übersah man, daß hiefür ebensosehr wie die Ergänzung der inländischen Erzeugung auch die Gewinnung eines gesicherten Inlandsmarktes für den Exportüberschuß notwendig gewesen wäre, den man nur dann im Ausland anbringen konnte, wenn man die Gegenleistung anzunehmen bereit war. Als nun durch die Erweiterung der Produktion an die Aufnahmsfähigkeit der durch die Zerstörungen des Krieges ohnehin geschwächten Märkte erhöhte Anforderungen gestellt wurden und das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sich vergrößerte, griff man zu dem Mittel der Konsumfinanzierung, das eine Zeitlang Erholung und Wiederaufstieg vortäuschte. Die Banken- und Währungskrise, die diesem Zustand ein Ende machte, führte aber nicht zu der Erkenntnis der Notwendigkeit, die Anpassung der Erzeugung an den Bedarf dadurch zu bewirken, daß man dem Spiel der Kräfte freiere Hand ließ und in der Wahl von Schutzmaßnahmen kritischer wurde. Statt den Autarkie- und Inflationsprozeß zu liquidieren, fürchtete man, die erschütterte Wirtschaft einer unerträglichen Belastungsprobe auszusetzen und trachtete, durch fortschreitend gesteigerte Eingriffe auch Lebensunfähiges zu schützen, mit dem Ergebnis, daß dadurch auch die Lebensfähigkeit gesunder Produktionszweige beeinträchtigt und ihr Fortbestand von der Gewährung besonderen Schutzes abhängig wurde. Dieser Prozeß setzt sich auch heute noch in zahlreichen Auslandsstaaten fort und entfernt die Wirtschaft immer mehr von jenem Zustand, in dem die Rückkehr zu normalen Verhältnissen ohne unerträgliche finanzielle, soziale und politische Erschütterungen möglich erschiene. Er vollzieht sich nicht nur im vollsten Gegensatz zu allen anerkannten Lehren der Wissenschaft, er wird auch von den in der Wirtschaft Stehenden und handelspolitischen Fachleuten als **fehlerhaft und verderblich** bezeichnet. Woher kommt es nun, daß entgegen allen herzhaften Beschlüssen bei internationalen Zusammenkünften, entgegen allen lobenswerten Programmen der Regierungen und Beteuerungen bei Einleitung von Vertragsverhandlungen die Ergebnisse unbefriedigend bleiben und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich alle Länder immer tiefer in das Dickicht gegenseitiger Absperrung verlieren?

Bevor auf diese Frage eingegangen wird, soll ein kurzer Ueberblick den **Gegensatz zwischen Theorie und Praxis** ein wenig ins Licht rücken. Wissenschaft und Logik stimmen darin überein, daß Warenlieferungen und andere Leistungen an das Ausland nur in Waren und Leistungen bezahlt werden können. **Behinderung der Einfuhr** bedeutet also nichts anderes als **Verzicht auf das Entgelt der Ausfuhr,** was natürlich zu deren Einschränkung führen muß. Trotzdem werden täglich zahllose Verfügungen getroffen, die die Einfuhr verringern, weil entweder die Gefahr droht, daß ein inländischer Produktionszweig durch den ausländischen Wettbewerb eingeschränkt wird oder weil eine neue Erzeugung aufgenommen werden soll. Man beruhigt sich damit, daß die schädliche Rückwirkung auf den Export durchaus nicht unvermeidlich sei, daß aber selbst dann, wenn sie einträte, die alte Produktion durch eine neue ersetzt werde, die den Vorteil biete, **das Wirtschaftsgebiet in bezug und Absatz vom Ausland unabhängiger zu machen.** Die Folgen kennen wir: Nicht nur der zwischenstaatliche Warenverkehr ist gesunken, auch die Produktion ist in allen Ländern dauernd zurückgegangen. Die **Einfuhrbehinderung hat die internationale Arbeitsteilung gestört,** vermöge welcher Waren von dort bezogen werden konnten, wo man sie am besten und wohlfeilsten erhielt. Die Unterbindung dieser Möglichkeit bedingt erhöhte Aufwendungen für die Bedarfsdeckung und damit eine Verringerung der Konsumkraft, sie erzwingt durch den Rückgang der Ausfuhr die Einschränkung der Produktion, erhöht dadurch die Produktionskosten der Exportzweige und trägt so in doppelter Weise zu der verringerten Aufnahmsfähigkeit bei. Obwohl man diese Wirkungen seit Jahren beobachten kann und die Zusammenhänge recht deutlich erkennbar sind, ist bisher noch kein Land auf den Gedanken verfallen, es mit einer anderen Politik zu versuchen. Im Gegenteil, je **schlimmer die Wirkungen, desto mehr glaubt man durch neue Eingriffe der schädlichen Entwicklung Einhalt gebieten zu können.** Verschärft wird dieser Prozeß durch das auf den gleichen fehlerhaften Ueberlegungen beruhende Retorsionsprinzip: Man begnügt sich nicht damit, daß derjenige, der die Einfuhr behindert, seine Ausfuhr ohnehin einschränkt; statt sich mit aller Kraft gegen solche Maßnahmen zur Wehr zu setzen, greift man lieber zu **Vergeltungsmaßregeln,** verdoppelt dadurch die nachteiligen Wirkungen auf beiden Seiten und provoziert immer neue Maßnahmen, die die Sprengung des fehlerhaften Zirkels unmöglich machen. In Handelsvertragsverhandlungen tritt man mit der gleichen irrigen Meinung ein, nur die Zugeständnisse, die der **Gegenpart** bietet, vermöchten eine Steigerung der eigenen Ausfuhr herbeizuführen, während die **eigenen** Zugeständnisse ausschließlich Opfer und einen Verzicht auf eigene Erzeugung und Beschäftigung inländischer Arbeitskräfte darstellen. Es ist wohl richtig, daß bei Freiheit des Zahlungsverkehres die Wirkungen nicht gerade im Verkehr mit dem Vertragspartner eintreten müssen. Das Feilschen um gleichwertige Zugeständnisse ist daher durchaus berechtigt. Man sollte aber darin kein Unglück sehen, daß durch solche Zugeständnisse der eine oder andere Produktionszweig die Konkurrenz etwas schärfer zu spüren bekommt und in dieser Erwägung nicht leichthin auf erreichbare Vorteile verzichten, nur um sich ein Opfer zu ersparen. Die Folge dieser Zurückhaltung ist, daß die Verträge neben einem Wust von ziemlich unbedeutenden Verkehrserleichterungen nur ganz wenige enthalten, die eine Steigerung des Handelsvolumens über den bisherigen Umfang hinaus erzielen können. Auch wenn man diese Fehler der Handelspolitik erkennt, wird man es heute nicht wagen können, das Steuer plötzlich herumzureißen. Eine strikte Befolgung ökonomischer Lehren ist ja auch darum nicht möglich, weil sich die Staatsaufgaben nicht in der Wirtschaftspolitik erschöpfen. Die **Rücksicht auf andere Gebiete der Volkswohlfahrt und eine weitausschauende Politik verlangen bisweilen materielle Opfer** und rechtfertigen ein Abgehen von den Gesetzen höchster Wirt-